



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Statement anlässlich der Pressekonferenz

zur Vorstellung des „Sofortprogramms Beschäftigungsbrücke“

Kongreß „Gemeinsam für ein Gutes Leben- Für einen neuen Generationenvertrag“

am 5. März 2009 in Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IG Metall hat bereits im Mai des vergangenen Jahres eine Initiative für einen Neuen Generationenvertrag gestartet:

Ziel dieser Initiative ist es gewesen, eine Konzeption für den Neuaufbau einer verlässlichen, solidarischen Alterssicherung zu entwickeln.

Die Ergebnisse haben wir in einem Memorandum zusammengefasst. Es ist Gegenstand der Diskussionen dieses Kongresses.

Aus unserer Sicht kommt diesem Thema eine hohe Bedeutung zu. Dies mag angesichts der aktuellen Krise viele irritieren. Aber: Wir reden über die Rente nicht trotz, sondern wegen der Krise.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die Alterssicherungspolitik sind vielfältig miteinander verwoben.

So wissen wir, dass gerade bei jungen Menschen die Sorge um die Altersvorsorge ein wichtiger Aspekt der krisenbedingten Verunsicherung ist.

Und wir wissen, dass langanhaltende Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigung zu geringen Renten und in Zukunft immer häufiger zu Altersarmut führen wird.

Aber nicht nur das.

Gerade heute erweist sich das gesetzliche Rentensystem als krisenresistenter als die weltweit praktizierte Privatisierung der Altersvorsorge.

Es war und bleibt richtig, die Finanzierung der Renten einem unspektakulären Umlageverfahren anzuvertrauen und nicht spekulativen Finanzanlagen.

Aber ich will nicht vorgreifen: Die wesentlichen Eckpunkte unserer Vorschläge wird Ihnen Hans-Jürgen Urban anschließend erläutern.

Ich möchte mich auf die Vorschläge beschränken, die angesichts der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen für die Beschäftigung und Arbeitsplätze aktuell von Bedeutung sind.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind hinreichend bekannt. Die Bedrohungen für den Arbeitsmarkt sind evident.

Die IG Metall hat Politik und Unternehmen und natürlich sich selbst die Aufgabe auferlegt, die Krise ohne Entlassungen zu überbrücken.

Keine Entlassungen in der Krise – das ist ein Auftrag an uns alle.

Das wichtigste Instrument für diese Strategie ist die offensive Nutzung der Kurzarbeit. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die vorgeschlagene Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeit auf 24 Monate.

Nur wer im Betrieb bleibt und nicht arbeitslos wird, der hat dann im kommenden Aufschwung wieder die Chance auf volle Beschäftigung.

Und keine Frage: Unter den Bedingungen der Krise und der drohenden Arbeitslosigkeit für viele ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gewinnt die Rente mit 67 heute nicht gerade an Plausibilität dazu.

Sie bleibt eine falsche Entscheidung und führt gerade heute für viele Menschen in die Sackgasse von Hartz-IV.

Die IG Metall hat die Rente mit 67 schon bei ihrem Beschluss kritisiert und für falsch gehalten. Aber ausgerechnet in einer Beschäftigungskrise die Lebensarbeitszeit zu verlängern kann nun wirklich nicht richtig sein.

Wir stehen in den nächsten Wochen und Monaten vor einer großen Herausforderung. Zehntausende junger Menschen werden ihre Berufsausbildung abschließen und viele werden vor dem Nichts stehen, wenn sie nicht übernommen werden.

Schon heute erhalten fast 40 Prozent der jungen Menschen bis 24 Jahre nur einen befristeten Arbeitsplatz. Und mehr als ein Drittel muss Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen.

Ich sage: Die junge Generation muss die Perspektive auf ein Arbeitsleben erhalten – trotz und in der Krise. Die Zukunftsaussichten der jungen Generation stellt die IG Metall mit ihrer Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ in den Mittelpunkt.

Und auch aus diesem Grund halten wir den Vorschlag z.B. von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz für richtig, die Förderung der Altersteilzeit über die Bundesagentur dann fortzusetzen, wenn dafür die Ausbildungskapazitäten erhalten und die Übernahme der ausgebildeten Jugendlichen sichergestellt wird.

Zusätzlich zu den beiden schon erwähnten Vorschlägen - Aussetzung der Rente mit 67 und Förderung der Altersteilzeit - schlägt die IG Metall der Bundesregierung vor, für die nächsten fünf Jahre folgende Maßnahmen zusätzlich zu beschließen:

1. Wer 40 Versicherungsjahre hinter sich hat, der sollte ab dem 60. Lebensjahr in Rente gehen können – ohne Abschläge
2. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose sollte auf bis zu 36 Monate verlängert werden. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die doch arbeitslos werden, sollte man Hartz IV ersparen.

Meine Damen und Herren,

mit diesen vier Maßnahmen habe ich Ihnen unser „Sofortprogramm Beschäftigungsbrücke“ beschrieben.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.